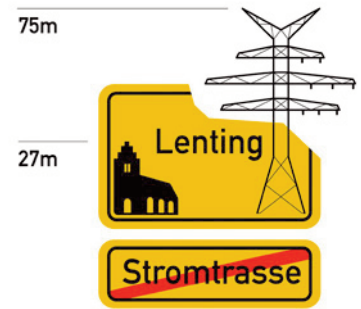


Bürgerinitiative Lenting NEIN - zur Stromtrasse JA - zur Energiewende

Johanna Zieglmeier, Alte Landstraße 38, 85101 Lenting



14.12.2015

Boykott der Konsultation Netzentwicklungsplan 2025, Version 2015

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident **XXXXX YYYYYYY**

bereits von Beginn an haben die Bürgerinitiative Lenting, dazu unzählige Bürger und unsere Gemeinde an den Konsultationen zu den Netzentwicklungsplänen teilgenommen.

Zusätzlich auch am Bürgerdialog der Bayerischen Staatsregierung in München.

Wir haben zahlreiche Veranstaltungen zum Netzausbau und zur Energiewende besucht, auf denen Politprominenz sämtlicher Parteien, exzellente Infrastrukturspezialisten und nicht zuletzt die Übertragungsnetzbetreiber vertreten waren. Wir haben uns eingelese, Diskussionen geführt und Bürger aufgeklärt.

Im Sinne von echter Bürgerbeteiligung und im Rahmen demokratischer Grundsätze.

Schließlich geht es um unsere Zukunft, die Zukunft nachfolgender Generationen und um viel Geld.

Gemeinsam mit Hunderttausenden Bürgern sind wir zu dem Schluss gekommen, dass der geplante Netzausbau in der vorliegenden Form nicht akzeptabel ist. Ausgangspunkt für das Funktionieren der Energiewende sind aus Sicht der Bundesregierung, der Bundesnetzagentur und der Übertragungsnetzbetreiber alleine die Kapazitäten der Übertragungsnetze. Andere Szenarien, wie eine dezentrale Stromversorgung und der preferierte Einsatz regenerativer Energien werden nicht oder nur marginal beleuchtet.

Besonders die HGÜ-Leitungen erachten wir für die Stromversorgung in Bayern als unnötig.

Zur Stromversorgung in Bayern brauchen wir sie nicht, nicht über und auch nicht unter der Erde.

Sie sind quasi Braunkohleleitungen, auch wenn andere Begründungen vorgeschoben werden; und sie dienen vorrangig dem europäischen Stromhandel. Damit schaden sie einer wirklichen Energiewende.

Zudem sind sie reine Renditeobjekte der Finanzwirtschaft, für welche die Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelang die Zeche über den Strompreis bezahlen müssen.

Alle unsere Mühen, mit unserer Kritik und mit unseren Begründungen und Lösungsansätzen im Planungsprozess ernst genommen zu werden, sind leider verpufft.

Die in den verschiedenen Konsultationen abgegebenen zunächst ca. 28.000 und dann 39.000 Stellungnahmen sind definitiv ohne Gehör geblieben. Dies ist Ignoranz pur und ein Schlag ins Gesicht der Bürgerbeteiligung.

Wir mussten erfahren, dass viele vollmundige Lippenbekenntnisse, die von führenden Politikern gegenüber den Bürgern auf Großveranstaltungen zum Netzausbau abgegeben wurden, schließlich den Interessen der Stromkonzerne und der Investoren geopfert wurden.

Das Verfahren mit der angeblich umfassenden Bürgerbeteiligung hat sich als Farce herausgestellt.

Das bislang letzte Beispiel dafür lieferte das Kabinett und der Deutsche Bundestag Anfang Dezember 2015, als seine Mitglieder in einem aussergewöhnlichen Akt und ohne das Ende des Konsultationsverfahrens zum NEP 2025, Version 2015 abzuwarten, einige zusätzliche Stromtrassen in den Bundesbedarfsplan aufgenommen haben. Gegen die Regeln, die sie im Energiewirtschaftsgesetz, im Energieleitungsausbaugesetz und im Netzausbaubeschleunigungsgesetz ursprünglich selbst beschlossen haben. Dies alles wollen wir nicht hinnehmen!

Eine Vielzahl von Bürgerinitiativen aus Mittelfranken, der Oberpfalz und Oberbayern haben sich deshalb zusammengeschlossen und fristgerecht 51.200 Stellungnahmen zum 1. Entwurf des NEP 2025 an die Adresse
Netzentwicklungsplan Strom, Postfach 100572, 10565 Berlin
auf den Weg gebracht. Symbolisch wurden dafür "gleichlautende Musterstimmungen" in Form von 51.200 Blatt Klopapier versandt, als Zeichen des Protestes und Boykotts zu dem unredlichen Prozess der Nicht-Beachtung von rund 39.000 Stellungnahmen, die bei der Bundesnetzagentur zum Entwurf des NEP 2014 abgegeben worden sind.

Parallel wurde als Ausdruck der Unzufriedenheit einer breiten Bevölkerungsschicht bei openPetition die Petition "Gegen Gleichstromtrassen - für die Bürgerenergie!" initiiert.

Zusätzlicher Widerstand wird durch das am 3. Dezember 2015 beschlossene „Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus“ (Stichpunkte: Transparentere Bedarfsermittlung durch Zwei-Jahres-Turnus der Netzentwicklungsplanung für den Strom- und Gasbereich, Erleichterung der Möglichkeiten zur Teilerdverkabelung auf Höchstspannungsebene durch Erweiterung der zugrunde liegenden Kriterien und der Anzahl der Pilotvorhaben, vereinfachtes Wiederaufgreifen des Bundesfachplanungsverfahrens zur geringfügigen Änderung des Trassenkorridors in Ausnahmefällen, einheitliche erstinstanzliche Zuständigkeit der Obergerichtsverfahren für alle Planfeststellungsverfahren; mit Folgeänderungen und Änderung von fünf Gesetzen und einer Rechtsverordnung) provoziert. Besonders in der Oberpfalz und in Niederbayern erhebt sich durch die ungeprüfte Favoritisierung des Endpunktes "Isar" der Trasse Süd-Ost neuer Widerstand. Kann das im Interesse unserer Volksvertreter sein?

Wir appellieren deshalb an Sie, den berechtigten Unmut und Widerstand der Bürger ernst zu nehmen und bei den folgenden gesetzgeberischen Entscheidungen so mitzuwirken, dass Sie sich nicht den Interessen der Wirtschafts- und Finanzhaie beugen sondern eine ökologisch sinnvolle, kostenreduzierende und auf eine dezentrale Versorgung mit aus regenerativen Energien erzeugter/m Wärme und Strom ausgerichtete Energiewende im Vordergrund steht.

Bezahlbare Strompreise ohne sinnlose Förderung von Braunkohleabbau, ohne steigende Strompreise trotz sinkender Börsenpreise, bei einem minimalen und kostengünstigen Netzausbau ohne HGÜ-Leitungen, in einer zukunftssicheren und nachhaltig gestalteten Energiewende, mit Wertschöpfung bei den Bürgern und Kommunen (und nicht bei wenigen Konzernen), müssen an erster Stelle stehen.

Transparente und nachvollziehbare Planungen und Entscheidungen sind die zwingende Konsequenz für die Akzeptanz beim Bürger. Bitte unterschätzen Sie dies nicht. Die Bürger haben ein Recht darauf, denn sie müssen über die Netzentgelte und den Strompreis dafür bezahlen.

Bitte zeigen Sie durch ihre Intervention dem einseitig ausgelegten Netzentwicklungsplan die rote Karte! Sorgen Sie dafür, dass der Netzausbau einer Energiewende mit dezentraler Energieversorgung gerecht wird.

Für die BI Lenting



Zieglmeier Johanna

Anlage:

DIN A3-Blatt mit den Berichten

"Nicht-Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan Strom 2025"

(www.stromautobahn.de/wp-content/uploads/2015/12/2015-12-02_Stellungnahmen_Begleitschreiben.pdf)

und

"51.200 Stellungnahmen zum NEP2025 abgegeben"

(www.stromautobahn.de/51200-stellungnahmen-zum-nep2025-abgegeben).